



NOTIERT

Zulehner: Die Kirche in Europa nähert sich biblischem Normalfall

„Die Kirche in Europa nähert sich wieder dem biblischen Normalfall an.“ Das sagte der katholische Pastoraltheologe Prof. Paul M. Zulehner (Wien) angesichts sinkender Zahlen von Kirchenmitgliedern und Gottesdienstbesuchern. In einem Interview mit der „Wiener Zeitung“ erinnerte er an die Aussage Jesu auf dem Berg der Seligpreisungen: „Ihr seid Salz der Erde und Licht der Welt.“ Jesus habe nicht gesagt: „Die ganze Welt-suppe ist Salz.“ So würde laut Zulehner auch niemand kochen. Der 80-Jährige ist überzeugt: „Wir müssen nicht quantitativ stark sein, sondern qualitativ.“ Unter den vielen Katholiken seien heute einige Christen: „Morgen werden wir unter weniger Katholiken mehr Christen haben. Das könnte verhindern, dass das Salz schal wird, wie Jesus warnt.“

Abtreibungsgegnerin: Trump nominiert die Katholikin Barrett

US-Präsident Donald Trump hat die 48-jährige Amy Coney Barrett als Nachfolgerin von Ruth Bader Ginsburg am Obersten Gericht in den USA nominiert. Die Katholikin ist Mutter von 7 Kindern und derzeit Bundesrichterin am Siebten Bezirksgericht von Chicago (US-Bundesstaat Illinois). Die Position am Obersten Gericht ist nach dem Tod der 87-jährigen Ginsburg, die als Ikone des Linksliberalismus galt, frei geworden. Der US-Senat muss dem Vorschlag von Trump zustimmen. Trump hätte dann während seiner Amtszeit drei Richterstellen neu besetzt, und es würden sechs der neun Richter dem konservativen Lager zugerechnet. Die Ernennung erfolgt auf Lebenszeit. Zuvor hatte Trump bereits Neil M. Gorsuch und Brett M. Kavanaugh berufen. Barrett gilt als strikte Abtreibungsgegnerin und Kritikerin der Gesundheitsreform des früheren US-Präsidenten Barack Obama (2009–2017). Barrett ist mit dem Juristen Jesse Barrett verheiratet. Unter den 7 Kindern des Paares sind 2 Adoptivkinder aus Haiti und ein leiblicher Sohn mit Downsyndrom.

Berg-Karabach: Eine Katastrophe droht

idea hat mit einem armenischen Christen gesprochen.

ARMENIEN Dem südlichen Kaukasus droht wegen des Konflikts um die Region Berg-Karabach eine humanitäre Katastrophe. Der Kampf um die Region könnte sich zudem auf ganz Armenien ausweiten, da die Türkei ihre Machtbasis ausweiten will. Das befürchtet der in Deutschland aufgewachsene Leiter des armenischen Hilfswerks „Diaconia Charitable Fund“, Baru Jambazian (Jerewan). Armenien und Aserbaidschan befinden sich seit dem 27. September im Kriegszustand. Die überwiegend von christlichen Armeniern bewohnte Region Berg-Karabach gehört völkerrechtlich zum muslimisch geprägten Aserbaidschan, wird aber von Armenien besetzt. Aserbaidschan erhebt Anspruch auf das Gebiet und hat deshalb dort eine Offensive begonnen.

Angriff war „absehbar“

Wie Jambazian idea sagte, war der Angriff „absehbar“. In den vergangenen Monaten hätten der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und der Präsident von Aserbaidschan, Ilham Alijew, Falschnachrichten verbreitet über angeblich aggressive Armenier, die Aserbaidschan angreifen wollten. Die armenische Armee habe inzwischen „den Vormarsch stoppen und an einigen Frontabschnitten verlorenes Land zurückgewinnen“ können, so Jambazian, der einer evangelischen Freikirche angehört. Der Krieg werde die Ausbreitung des Coronavirus noch weiter beschleunigen, denn nun könne sich niemand um Abstände oder Hygiene kümmern. Dadurch werde sich die Lage im ohnehin armen Kaukasus-Staat noch verschlimmern. Der Kampf werde bisher vor allem in Berg-Karabach ausgetragen. Aber Erdogan strebe nach der Vorherrschaft in

der Region und wolle alle Turkvölker unter seiner Führung vereinen. Das christlich geprägte Armenien stehe ihm dabei im Weg. Jambazian: „Wir Armenier wissen: Wenn Berg-Karabach fällt, ist das armenische Kernland Erdogans nächstes Ziel.“

Warnung vor einem neuen Genozid

Bisher sei die armenische Hauptstadt Jerewan noch von Angriffen verschont geblieben. Doch kürzlich seien in der Nähe vier feindliche Drohnen von der armenischen Luftabwehr abgeschossen worden. Ministerpräsident Nikol Paschinjan habe nun vor der Gefahr eines neuen Genozids an den Armeniern gewarnt. Die Kirchen versuchten zwar zu helfen, verfügten jedoch nur über wenig Mittel, um die Bevölkerung zu unterstützen. „In den Kirchen wird nun vor allem für die Regierung und die Soldaten gebetet.“ Zudem seien in den Gemeinden nun Flüchtlinge untergebracht: „Die Versammlungsräume sind voller Kinder und Frauen, die aus dem unmittelbaren Kampfgebiet flüchten mussten.“

Den Glaubensgeschwistern beistehen

Er forderte die „christliche Welt“ auf, den Geschwistern in Armenien beizustehen. Sie „sollte das aggressive Vorgehen der Türkei und Aserbaidschans eindeutig verurteilen“. Eine Appeasement-Politik (Beschwichtigungspolitik), „wie sie heute gegenüber der Türkei geführt wird, hat bereits vor einigen Jahrzehnten zu einer Katastrophe geführt“. Über 90% der 3 Millionen Einwohner gehören der Armenisch-Apostolischen Kirche an. Seit 301 ist das Christentum in Armenien Staatsreligion. Es ist damit das älteste christliche Land überhaupt. ●